



Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung

Fragen anlässlich der Kandidatur zur Bundestagswahl am 23.2.2025 zu Militär, Rüstung, Krieg und Frieden

An Direktkandidat:innen bzw. Landeslistenkandidat:innen SPD, CDU, Grüne, FDP, Volt, Linke, BSW

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Bündnis gegen Raketenstationierung ist Ihnen vielleicht schon bekannt. Zur Information anbei die Pressemitteilung über die Gründung und unser Selbstverständnis. Da der Führungsstab zum Einsatz der US-Raketen, die 2026 in Deutschland stationiert werden sollen, in Wiesbaden angesiedelt sein soll, ist die Frage dieser Raketenstationierung für die Wiesbadener Bevölkerung von besonderem Interesse.

Daher richten wir nachfolgende Fragen an Sie und bitten um Beantwortung **bis zum 31.01.2025 per E-Mail an info@wiesbadener-buendnis.de**. Sollten Sie die Fragen nicht vollständig mit ja, mit nein oder teilweise mit nein beantworten, bitten wir um Angabe einer Begründung. Von Ihrem Einverständnis mit der Veröffentlichung gehen wir aus. Es erfolgt auch noch eine Einladung zu einer Veranstaltung, auf der Sie einige der Fragen auch vor Publikum beantworten können.

Am 10. Juli 2024 haben die USA und Deutschland am Rande des NATO-Gipfels in Washington in einem bilateralen Statement angekündigt, ab 2026 landgestützte US- Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, sogenannte „Long Range Fires“ (LRF). Sie verfügen über Reichweiten von bis zu 3.000 km und haben damit das Potential, von Deutschland aus Ziele von strategischer Bedeutung in der Tiefe Russlands anzugreifen. Nach den Planungen des US-Militärs wird der Führungsstab für diese Raketeinheiten in Wiesbaden angesiedelt sein.

Die geplante Raketenstationierung ist militärfachlich von Oberst a.D. Wolfgang Richter mehrfach beurteilt worden (Publikation Friedrich-Ebert-Stiftung vom 15.7.2024, Vortrag bei der SPD in Wiesbaden am 18.11.2024). Den aktuellsten Beitrag vom 25.12.2024 „Gefährden die neuen US-Raketen in Deutschland das nukleare Gleichgewicht?“, Berliner Zeitung, fügen wir zu Ihrer Information bei, weil hierin auch alle Gesichtspunkte, die gegen eine Raketenstationierung sprechen, dargestellt werden.

Zusammengefasst:

- Die LRF sind weit mehr als ein operatives Gegengewicht zu den in Kaliningrad und Luga stationierten russischen Iskander-Systemen mit max. 500 km Reichweite.
- Die in Europa stationierten See- und Luftstreitkräfte der NATO mit weitreichenden Marschflugkörpern sind der russischen Seite quantitativ und qualitativ weit überlegen.
- Mit einer Flugdauer von 10 Minuten bis Moskau und 15 Minuten in den Ural können Ziele in Russland unter Bedrohung gehalten werden, die für das nuklearstrategische Gleichgewicht bedeutsam sind. Alle Schritte, die dieses Gleichgewicht unterminieren, verschärfen die Bedrohungswahrnehmung und tragen zur Destabilisierung der Sicherheitslage bei.
- Die Vorwärtsdislozierung präziser und durchschlagfähiger LRF könnte einen potentiellen „Erstschlag“ verstärken, mit dem Ziel, das Zweitschlagpotenzial der Gegenseite auszuschalten.

Die Fähigkeit, russische Raketen zu zerstören, bevor sie abgefeuert werden, „ist kein Abschreckungsgewinn. Sie passt in kein plausibles politisches Szenario und erhöht das Risiko für Deutschland.“

- Russland wird stationierte LRF als Gefahr für das strategische Gleichgewicht ansehen. Sollte Russland „in einer Krise zu dem Schluss kommen, dass ein militärischer Konflikt unabwendbar ist, muss es nach militärischer Logik solche Systeme in ihren Stationierungsräumen präventiv zerstören.“ Konkret also die LRF-Einheiten in Deutschland mit Führungsstab in Wiesbaden. Bei von Russland angenommener existentieller Gefährdung würde auch der Einsatz taktischer Atomwaffen erwogen werden. „Das Risiko eines solchen Szenarios trägt Deutschland ganz allein.“
- Um, gerade auch im deutschen Sicherheitsinteresse, Stabilität und Sicherheit in Europa „zu gewährleisten, sollte man Moskau anbieten, einen Stationierungswettlauf landgestützter Mittelstreckenraketen durch Dialog und Rüstungskontrolle abzuwenden. Dies ist eine Frage der künftigen europäischen Sicherheit... Anders als beim Nachrüstungsbeschluss von 1979 gab es bisher kein Dialogangebot an Moskau, um den Stationierungswettlauf abzuwenden.“
- „Zudem muss Deutschland zum bewährten Konzept der Risiko- und Lastenverteilung zurückkehren, um eine strategische Isolierung zu verhindern... Kein anderer europäischer Staat will derzeit US-Mittelstreckenraketen stationieren.“

Unsere Fragen:

1.) Teilen Sie diese Analyse und die hieraus gezogenen Schlussfolgerungen? Welche Konsequenzen ziehen Sie hieraus, sollten Sie dem nächsten Deutschen Bundestag angehören? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es nicht zur Stationierung der US-Raketensysteme kommt? Insbesondere:

a. Was halten Sie davon, dass Deutschland allein die Risiken einer Stationierung trägt, die NATO und andere europäische Staaten nicht involviert sind und allein die US-Seite darüber entscheidet, ob von deutschem Boden aus LRF eingesetzt werden?

b. Teilen Sie die Auffassung, dass bei einem Einsatz von LRF von Deutschland aus oder aber dem Einsatz vergleichbarer russischer Raketen, was z. B. schon durch einen Fehllarm ausgelöst werden kann, ein großer europäischer Krieg entstehen kann, mit zerstörerischen Wirkungen auch für das Wiesbadener Stadtgebiet und die hier lebende Bevölkerung?

c. Wäre es nicht besser, die beabsichtigte Stationierung – wie seinerzeit beim sog. NATO-Doppelbeschluss von 1979 – wenigstens mit einem Verhandlungsangebot zur Rüstungsbegrenzung zu verbinden, statt auf die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs zu setzen? Würden Sie sich für ein solches Stationierungsmoratorium einsetzen?

d. Ist es aus Ihrer Sicht erforderlich, über die Risiken einer Stationierung eine breite Debatte im Deutschen Bundestag zu führen und die Bevölkerung über die mit einer Stationierung verbundenen Gefahren für Frieden und Sicherheit umfassend aufzuklären? Werden Sie sich hierfür einsetzen, auch konkret in Ihrer Wahlkreisöffentlichkeit? Sollte es im Deutschen Bundestag zu einer Abstimmung über die Raketenstationierung kommen, wie würden Sie sich dann verhalten?

e. Werden Sie sich für einen Abbruch der Projekte zur Entwicklung eigener europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an denen sich Deutschland aktuell beteiligen will, einsetzen?

2.) Welche Auffassung vertritt Ihre Partei generell zur Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und speziell zur Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen?

3.) Stimmen Sie der Auffassung zu, dass Waffenlieferungen in Kriegsgebiete das Kriegsgeschehen befeuern, aber die Beendigung von Kriegen verhindern und gebotene diplomatische Lösungen vereiteln? Sollte Ihrer Meinung nach wieder zu dem von der „Großen Koalition“ gefassten Beschluss zurückgekehrt werden „Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete“?

4.) Sollte Ihrer Meinung nach der Aufgabenbereich der Bundeswehr unter Verzicht auf Auslandseinsätze auf die reine Landesverteidigung ausgerichtet werden? Dadurch würden die Verteidigungsausgaben erheblich gesenkt. Werden Sie sich gegen die geplante längerfristige Steigerung des Militär- und Verteidigungshaushalts aussprechen?

5.) Verbunden mit dem Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ werden in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen (Infrastruktur, Katastrophenschutz, Heimatschutz, Gesundheitswesen usw.) Vorbereitungen auf einen Kriegsfall getroffen. Unabhängig von den damit verbundenen Kosten für Sachmittel, Personal usw., die zu Lasten aktueller Bedürfnisse gehen, wird die Bevölkerung psychologisch auf eine Kriegssituation eingestimmt. Wie beurteilen Sie das? Gilt nicht bei allen denkbaren Kriegsszenarien, dass die Zerstörung zwangsläufig so gewaltig wäre, dass es allein gilt, mit Diplomatie einen Krieg auf deutschem Boden oder unter deutscher Beteiligung zu verhindern? Welche Bedeutung messen Sie hierbei dem sehr präzisen Friedensgebot in Artikel 69 der Hessischen Verfassung bei?

Nun bedanken wir uns erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit bei der Lektüre und freuen uns auf Ihre Antworten.

Der Koordinierungskreis: Dr. Manon Tuckfeld, Mario Bohrmann, Jan Menning und Gerhard Strauch

Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung

Info@wiesbadener-buendnis.de

<https://wiesbadener-buendnis.de/>